

Was wir vom EURO gelernt haben

Karl Svozil, Wien, im März 2013

Wie kommen Regierungen zu Geld?

Regierungen befinden sich in einer prekären Lage: sie müssen die Regierten fortwährend bei Laune halten. Besonders in Demokratien ist das wichtig, weil das Wahlvolk gnadenlos den wählt, der vorgibt, keine Ausgabekürzungen vorzunehmen, und dabei gleichzeitig die Steuerlast zu mindern und das Budget und damit indirekt auch die Geldmenge - zu stabilisieren.

Das ist aber unmöglich, denn es existieren nur vier Möglichkeiten, einen Haushalt zu stabilisieren: erstens, Kürzungen bei den Ausgaben vorzunehmen; zweitens, die (steuerlichen) Einnahmen zu vergrößern; drittens, sich zu verschulden; und schließlich viertens, quasi einen anderen Haushalt anzupapfen oder zu übernehmen; etwa durch Erbschaft, Wohltäter (zum Beispiel Wahlonkel), Krieg oder Heirat. Schließt man letzteres aus, so verbleiben die ersten drei Optionen - Ausgabensenkungen, Steuererhöhungen, und Verschuldung.

Um weiter an der Regierung zu bleiben, tendieren die Regierenden in nichtdespotischen Staatsformen wie westliche Demokratien oder konstitutionelle Monarchien dazu, den Weg des geringsten Widerstandes im Dreieck von Neuverschuldung, Steuererhöhungen und Budgetkürzungen zu gehen. Zumeist wird dies die Neuverschuldung sein, da sowohl die Erhöhung der Steuerbelastung, als auch die Verringerung der staatlichen Zuschüsse und Leistungen beim Volk nicht gut ankommen.

Nord-Süd-Differenzen

Diese Prozesse treten überall auf, aber in korrupten oder fiskalisch undisziplinierten Regionen nehmen sie Ausmaße an, die auch kurzfristig (einige Jahrzehnte) nicht aufrecht zu erhalten sind. Etwas vereinfacht ausgedrückt lebte zum Beispiel „Europas Süden“ einige wenige Jahre über seine Verhältnisse. Beispiele gefällig?

Vor zwanzig Jahren verwalteten tausend Bedienstete der griechischen Staatsbahn siebenhundert Kilometer an Schienen; fünfzehn Jahre später waren es siebentausend Bedienstete, welche die gleichen

Schienenkilometer verwalteten. [Euro-Experte Wieser: Krise ist nicht vorüber, ORF-Ö1 Mittagsjournal Samstag 02. März 2013 12:00]

Die italienische Region Sizilien beschäftigt 20,000 Angestellte, das sind mehr als neunmal so viele Angestellte wie im „Cabinet Office“ des Vereinigten Königreiches. In Sizilien gibt es einen "Direktor" für neun Angestellte. [ <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/jul/19/sicily-bloated-budget> ]

Dabei sind kriminelle Machenschaften und Korruption noch gar nicht angesprochen. Ebenso wenig erwähnt wurden die steigenden Lohnkosten, welche der Süden sich zugunsten des Nordens vermeinte genehmigen zu dürfen.

Das alles führte dazu, dass der Süden, grob und sozial undifferenziert gesagt, über seine Verhältnisse lebte. Wenn man über seine Verhältnisse lebt, muss man sich verschulden.

Nun ist in Europa durch die Einführung des Euro die Situation eingetreten, dass Länder mit völlig verschiedenen Auffassungen vom Wirtschaften, und auch von politischer und staatlicher Kultur, dasselbe Geld, und damit dieselben Kreditbedingungen erhalten haben. Die damit einher gehenden Divergenzen sind sattem bekannt: der Süden hat sich, begünstigt vom billigen, niedrig verzinsten Geld, in eine Art „Cargo-Kultur“ hinein gesteigert, die vermeinte, ein Recht darauf zu haben, die Konsumgüter des Nordens ohne entsprechende Gegenleistung zu konsumieren. Der Norden war ebenso froh, seine Produkte im Süden abzusetzen, brüstete sich mit positiven Außenhandelsbilanzen, und finanzierte diese Cargo-Einstellung fleißig mit.

Nun ist der Jammer allerorten, denn die Gläubiger sehen sich mit wütenden Schuldnern konfrontiert, die nicht zurückzahlen können und nach der allzu kurzen Phase der Liquidität in die bodenlose Verzweiflung geraten. Das wiederum führt zu politischen Verwerfungen, deren Folgen noch unabsehbar sind.

Vielfach hat das dazu geführt, dass Gesellschaften, die vormals im Cargo-Kult schwelgten, sich nun plötzlich in der Rolle einer von den Gläubigern geknechteten und ausgebeuteten Provinz oder Kolonie wiederfanden, die „Troikas“ erdulden mussten.

Target2-Salden

Das Target2-„Clearing-System“ ermöglicht es, innerhalb des Eurosystems Überweisungen von Geld in ein Land gegen Lieferung von Gütern oder anderen Werte in ein anderes Land vorzunehmen: das eine Land gibt Geld und wird dadurch zum Schuldner, und das andere Land gibt Waren oder Werte, und wird dadurch zum Gläubiger.

Im Rahmen des Eurosystems sind solche Vorgänge unbeschränkt möglich. Weiter ist ein regelmäßiger Ausgleich (wie etwa im Federal Reserve System der USA) nicht vorgesehen. Deshalb erlaubt TARGET2 eine unbeschränkte Verschuldung des einen Landes gegenüber einem Anderen. [

<http://www.amazon.de/Die-Target-Falle-Gefahren-unsere-Kinder/dp/3446433538> ]

Dieses unbeschränkte Transmissionssystem (Buchgeld gegen Waren und Werte) stellt meiner Ansicht nach einen schweren konzeptiven Fehler des Eurosystems dar, welcher offensichtlich schleunigst nachgebessert werden muss. Es stellt den Fortbestand der Kargo-Kultur sicher. Die entsprechenden Schuldenstände des Südens gegenüber dem Norden tendieren bereits in die Milliarden-Euro-Grenze; Tendenz vermutlich weiter steigend. Denn wie sollte der Süden ein solches Zahlungsbilanzdefizit ausgleichen können? Es wäre auch zu untersuchen, warum dieser Konstruktionsfehler überhaupt entstehen konnte; hier muss man den Zentralbankern vermutlich schwerste Nachlässigkeit oder sogar Vorsatz vorwerfen.

Was kann man daraus lernen?

Zuerst einmal, dass gleiches Geld nur unter ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen möglich ist. Sonst drohen massive Geldflüsse innerhalb des Währungsraumes, die zu großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spannungen führen. Spannungen, die eine Währung, aber in der Folge auch die wirtschaftliche und politische Union insgesamt, zu zerreißen drohen. Gerade letzteres Szenario eines zerreißenden Europas, mit allen daraus abgeleiteten nationalen Vorurteilen, erscheint als historischer Verlust, den wir uns vermutlich noch gar nicht auszufürchten imstande sind.

Konkret heißt das: alle Beteiligten haben die Wahl, müssen sich aber auch entscheiden. Wenn der Süden weiterhin sein politisches, wirtschaftliches und soziales System behalten möchte, kann er nicht mehr in einer gemeinsamen Währungszone mit dem Norden existieren. Wenn der Süden diese gemeinsame Währungszone präferiert, dann muss er sich dem Norden anpassen; inklusive nördlichen Standards der Verwaltung; inklusive einem verbindlichen Grundstückskataster und ein effektives System zur Einhebung von Steuern, samt Verringerung der Korruption.

Natürlich ist zu befürchten, dass eine Entscheidung alleine im Süden wieder nur wie so oft von diesem als eine Verzögerungstaktik zur Verlängerung der Cargo-Kultur angesehen wird.

Deshalb müsste auch der Norden entscheiden, ob er sich nicht lieber selbstständig macht. Und der Norden müsste auch akzeptieren, dass ein gemeinsamer Währungsraum bedingt, dass es in einer solchen Währungszone weitestgehend harmonisiert dieselben Steuersätze, dieselbe (Sozial-) Gesetzgebung, sowie eine ähnliche politische Kultur in der Anwendung derselben geben muss. Das heißt natürlich: Verlust der wirtschaftlichen, politischen und gesamtstaatlichen Autonomie.

Arme Staaten reiche Bürger

Ein slowakischer Kollege kam einmal von einer Konferenz aus China zurück und meinte: „China ist ein reiches Land mit armen Bürgern“. Zum Unterschied davon dürfte zum Beispiel Italien ein „armes Land mit reichen Bürgern sein“: die jüngsten Statistiken legen zum Beispiel nahe, dass dort das Vermögen der Bürger etwa doppelt so hoch ist wie etwa in Deutschland oder Österreich. Gleichzeitig ist Italien's Staat etwa doppelt so arm, das heißt verschuldet, wie Österreich.

Das ist auch gar nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Steuermoral vielerorts sehr unterschiedlich ist; und auch die Besteuerung sehr verschieden. All das hätte man im Euroraum zu berücksichtigen und zu „harmonisieren“, denn sonst bekäme man die heutige Situation, in der einige Staaten Schulden machen, weil sie wenig Steuern einheben, und dies die reicheren Staaten mit höheren Steuern - und dadurch ärmeren Bürgern und besserer Kreditwürdigkeit - kompensieren müssen.

Schuldstreichung

Zurück zum Problem der akkumulierten Staatsschuld, und zu den im TARGET2 System aufgelaufenen Schulden im Allgemeinen. Hier würde ich keine großen Unterschiede machen, wo diese „verortet“ sind. Die Schuldenstände der europäischen Regionen, sowie der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans, haben sich aus verschiedenen Gründen als relativ hoch zur Wirtschaftsleistung entwickelt. Mit „relativ hoch“ meine ich, dass die Gläubiger nicht mehr damit rechnen können, dass diese Schulden jemals beglichen werden können. Hierzu trägt auch der Zinseszins bei, welcher exponentiell wächst und in dynamischen, schuldenbasierten Geldsystemen eine mathematische Tatsache darstellt, die darin so sicher wirkt wie das kleine Einmaleins.

Hierbei sei klar festgehalten, dass es, allen Behauptungen zum Trotz, vermutlich keine Alternative zum schuldbasierten „Fiat-Geld“ gibt. Denn alle Geldsysteme, die etwa auf Gold oder anderen knappen Handelsgütern beruhen, sind nicht in der Lage, genügend Liquidität bereit zu stellen, um eine Wirtschaft sich dynamisch entwickeln zu lassen.

Und alle Geldsysteme, die ohne Schuld - oder eigentlich ohne Zins und damit Zinseszins auszukommen trachten, haben das Verteilungsproblem, wer denn nun diese „unendlich billigen“ Investitionsmittel erhält - alles würde entweder auf Zufallsverteilung, oftmalige Willkür, oder Privilegien hinaus laufen.

Die Methode, die sich deshalb anbietet, ist genau diejenige, welche die Zentralbanken allerorten ohnehin zu gehen scheinen: die Beibehaltung des Geldwesens in seiner bisherigen Form, verbunden mit einer „Absorption“ sämtlicher bisheriger Staats- (und teilweise auch andere Schulden) durch entweder indirekten oder direkten Aufkauf von Schuldscheinen (als „Kollaterale“) für Geld. Damit werden die Nationalbanken effektiv zu „bad banks“.

Um sowohl diese Entwicklung einzudämmen, als auch die Schuldenstände der einzelnen Regierungen zu eliminieren, schlage ich nun folgendes vor.

In einer ersten Phase expandieren die wichtigsten Notenbanken die Geldmenge und kaufen sämtliche Staatsschulden in einer konzertierten Aktion von privaten und institutionellen Anlegern zu einem gegebenen Preis, der sich auf einen Stichtag bezieht, auf.

In einer zweiten Phase stellen sie dann sämtliche dieser Staatsschulden auf null. Damit sind alle Staaten entschuldet, und „das Spiel“ kann von neuem beginnen.

Der Einwand, dass dies eine direkte Staatsfinanzierung durch Gelddrucken wäre, ist korrekt. Dies hätte aber vermutlich wenige negative Auswirkungen. Immerhin lebt die westliche Nachkriegsgeneration trotz massiver Aufblähung der Geldmengen „auf Pump“ sehr gut und „liquide“. Ganze Kriege wurden und werden dadurch finanziert. [ [http://en.wikipedia.org/wiki/The\\_Three\\_Trillion\\_Dollar\\_War](http://en.wikipedia.org/wiki/The_Three_Trillion_Dollar_War) ]

Der Einwand, dass dies stark inflationstreibend wäre, erscheint nicht stichhaltig, da Preisstabilität primär von der subjektiven Knappheit des Geldes abhängt, verbunden mit einem ausreichenden Warenangebot; und Geld wäre nach wie vor für die Bürger und Individuen knapp.

Der Einwand, dass dies massive Umverteilungen von „Arm nach Reich“ zur Folge hätte, wäre schon deshalb fraglich, weil gerade die Investitionen und (Alters-)Kapitaleinkünfte des Mittelstandes massiv von einer solchen Aktion profitieren würden. Keine vormals gefährdeten Aktiva müssten abgeschrieben werden. Außerdem ist ohnehin fraglich, ob nicht Kapitaleinkommen durch die Globalisierung und das damit mögliche Virement von Kapital, Gewinn und Besteuerung weit mehr begünstigt sind. [

[https://reportingproject.net/offshore/index.php/documents/doc\\_download/91-report-financial-secrecy-index-2009](https://reportingproject.net/offshore/index.php/documents/doc_download/91-report-financial-secrecy-index-2009) ]

Das Einzige, was man gegen die formale Begleichung der Schuld sagen könnte, wäre, dass die Staaten und Haushalte „die falsche Botschaft“ bekämen; nämlich: „Schulden machen zahlt sich aus.“ Allerdings ist dies bereits ohnehin der Fall: wie Alan Greenspan einmal im Fernsehen sagte, könnte das Federal Reserve System „immer noch mehr Geld drucken“ [ <http://www.youtube.com/watch?v=q6vi528gseA> ]; und auch das Eurosystem stundete Irland unlängst große Schuldbestände auf den St.-Nimmerleinstag. Es wäre aus politischen, sozialen Gründen, und wohl auch optisch-bilanztechnisch besser, die Schulden gleich auf null zu setzen.